

Bericht über den 6. Internationalen Grundeinkommenskongreß
September 1996 in Wien. Von Rita Ertl

"IDEOLOGISCH DAFÜR - REALPOLITISCH SKEPTISCH!"

Grundeinkommensdefinition der VeranstalterInnen:

- individueller Anspruch
- unabhängig von Haushaltssituation
- bedingungslos
- ohne Voraussetzung der Arbeitswilligkeit
- (existenzsichernd)

Vor etlichen Jahren, bevor ich begann mich mit der Grundeinkommensproblematik ernsthafter auseinanderzusetzen, war ich eine glühende Befürworterin dieser Idee. Zwischenzeitlich haben mich etliche Seminararbeiten und die berufliche Politiknähe dazu gebracht, der Idee zwar nach wie vor auf wissenschaftlich, theoretischer Ebene sehr positiv gegenüber zu stehen, bezüglich einer realpolitische Umsetzung werden aber gewisse Ängste in mir wach.



RITA ERTL IST ARBEITERKAMMERRÄTIN DER GE-ALTERNATIVE GEWERKSCHAFTERINNEN IN WIEN UND SOZIALPOLITISCHE REFERENTIN IM GRÜNEN PARLAMENTSKLUB. BEI IHREN PERSÖNLICHEN KOMMENTAREN HANDELT ES SICH NICHT UM AUSDISKUTIERT E POSITIONEN DER GE ODER DER GRÜNEN.

Mit dieser „Vorstimmung“ ging ich voll Neugier auf den 6. Internationalen Grundeinkommenskongreß, der erstmals in Wien abgehalten wurde. Eine Ansammlung von Experten, die sich seit Jahren mit dieser Thematik auseinandersetzen, versprach eine interessante Auseinandersetzung, Möglichkeiten des Meinungsaustausches und des Dazulernens, sowie des Kennenlernens von Personen, die bisher nur als Namen von Fachautoren ein Begriff waren.

Wie würde meine Meinung wohl nachher aussehen???

Mehr als 150 TeilnehmerInnen aus 24 Ländern nahmen an dem Kongreß teil, wobei insbesondere die Teilnahme von Argentinien und Brasilien, von Israel und von mehreren Ländern aus Osteuropa eine positive Überraschung und eine absolute Bereicherung der Konferenz waren.

Das Programm beinhaltete dann auch neben Plenumsitzungen und Workshops kurze Situationsberichte aus 28 Ländern.

Diese Länderberichte zeigten mehrheitlich bereits ziemlich klar auf, daß in den meisten Ländern die Diskussion über ein Grundeinkommen die wissenschaftliche Ebene noch immer nicht verlassen hat. In manchen Ländern gibt es eine zaghafte Einbindung der Politik, sei es in Form von Teilnahme an Seminaren, sei es in Form von Finanzierung von Studien, ein realer Ansatz für eine politische Umsetzung ist jedoch nirgends in Sicht.

Obwohl in vielen Ländern die Finanzierung des Sozialstaates und damit zusammenhängende, als notwendigig erachtete Strukturreformen diskutiert werden, wird das Grundeinkommen auf

politischer Ebene, ganz im Gegensatz zur wissenschaftlichen Ebene, nicht als Lösungsvariante für die anstehenden Probleme angesehen.

Auffallend in den Berichten der unterschiedlichsten Länder war, daß in nahezu allen Ländern die Gewerkschaften als prononcierte Gegner des Grundeinkommens auftreten.

INTERESSANTE DETAILS AUS DEN LÄNDERBERICHTEN

■ Brasilien

Die hohe Rate von Kinderarbeit im Alter von 7 bis 14 Jahren hat zur Idee geführt, eine Zuwendung an arme Familien mit Kindern zu gewähren, unter der Voraussetzung, daß die Kinder die Schule besuchen. 1995 hat man diese Idee als Experiment in zwei Orten umgesetzt, betroffen waren etwa 30.000 Kinder. 1996 wird das Projekt bereits an 16 Orten weitergeführt und sieben weitere stehen kurz vor Abschluß. Die positiven Auswirkungen haben zur Folge, daß der Kongreß nun diskutiert, dieses Projekt allgemein umzusetzen.

Ein interessantes Beispiel, das sehr klar aufzeigt, daß auf nationale Gegebenheiten bei der Umsetzung von Grundsicherungsmodellen sehr stark Rücksicht genommen werden muß. Verwunderlich war für mich das positive Echo auf dieses Beispiel, das eine bildungs- und gesellschaftspolitische äußerst wichtige Maßnahme darstellt, mit den Grundsätzen des definierten Grundeinkommens aber kaum etwas gemein hat. Weder wird dem Grund-



satz der Bedingungslosigkeit entsprechen, noch dem des individuellen Anspruchs.

Es war für mich erstaunlich festzustellen, daß Einzelpersonen, die einem Grundeinkommen eher kritisch gegenüber stehen (einer Grundsicherung in einzelnen Bereichen aber positiv) von einem Teil der TeilnehmerInnen eher distanziert bis „feindlich“ angesehen wurden, während Umsetzungsmodelle in diese Richtung eher positiv bis euphorisch aufgenommen wurden.

■ Dänemark

Die aktuelle Debatte rankt sich um die enorm gestiegene Zahl jener Personen, die ausschließlich von Transfers leben. In den letzten Jahren ist die Zahl jener Menschen (zwischen 19 und 60 Jahren) von 198.000 auf 932.000 gestiegen. Dies hat die Debatte eher dahingehend verändert, daß vor dem Grundeinkommen als Gefahr gewarnt wird, und es als positiver Aspekt potentieller Strukturmaßnahmen nicht auf der Tagesordnung steht.

■ Finnland

Hier ist das Grundeinkommen Thema der politischen Diskussion, was sich auch darin niederschlägt, daß die Idee von vier Parteien in ihr jeweiliges Parteiprogramm aufgenommen wurde. Die Ausarbeitung von Programmen ist

in Gang, eine Voraussetzung ist jedoch, daß die Arbeitswilligkeit nicht unterminiert wird.

■ Niederlande

Hier gibt es eine öffentliche Debatte, die verschiedene Varianten des bestehenden Systems diskutiert und darunter auch den Aufbau eines Systems von Basiseinkommen einschließt. Öffentlich wird das Grundeinkommen gut beurteilt.

Die auf Grund der öffentlichen Debatte entstandenen Hoffnungen wurden allerdings enttäuscht, da die Regierung nicht in dieser Richtung aktiv wurde. Die Regierung will vielmehr nur das bestehende System korrigieren und Unterstützungen an das jeweilige Einkommen binden.

■ Schweiz

In der Schweiz wird an einer neuen Verfassung gearbeitet und in diesem Zusammenhang der Versuch gestartet, ein Recht auf anständiges Leben, gleichbedeutend mit garantierter materieller Lebenssicherung, einzuführen. In diesem Zusammenhang gibt es bereits einen positiven Höchstgerichtbescheid, der diesen Grundsatz schon aus der bisherigen Verfassung ableiten will.

Neben den expliziten Länderberichten gab es noch eine spezielle Information über:

■ Alaska

In diesem erdölreichen und einwohnerarmen Land (70er Jahre 300.000 Einwohner, derzeit etwa 600.000) wurde – nach einer Volksabstimmung, bei der 76.000 Personen dafür und 38.000 dagegen stimmten (anfänglich gab es relativ großen Erklärungsbedarf, daß diese System nicht Kommunismus bedeute) – in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein Fonds gegründet, der ausschließlich aus Erdöl-Exporteulösen gespeist wird. Jährlich einmal erhalten alle Einwohner, die seit mindestens einem Jahr in Alaska leben, unabhängig von Alter und sonstigen Bedingungen auf Antrag einen gleich hohen Betrag. Dieser belief sich 1995 auf 990,30 Dollar.

1980 belief sich das Vermögen des Fonds auf 1 Mrd Dollar, 1995 bereits auf 17 Mrd Dollar.

Dies ist ein Betrag, der in etwa in Österreich und anderen Ländern als existenzsicherndes monatliches Grundeinkommen zur Diskussion steht. Weder Österreich noch irgend ein anderes mir bekanntes Land verfügen jedoch über ein derartiges („Miß-“)Verhältnis zwischen Reichtum an Bodenschätzen und geringer Einwohnerzahl. In Hinblick auf die überall geführte Finanzierungsdebatte sollte man dieses Beispiel nicht aus den Augen verlieren, da es eher gegen die realpolitische Umsetzbarkeit eines existenzsichernden Grundeinkommen spricht. Die teilweise nahezu euphorischen Reaktionen der KongreßteilnehmerInnen auf die Informationen über dieses Modell waren mir daher eher unverständlich.

ANREGUNGEN AUS INTERESSANTEN DEBATTENBEITRÄGEN

■ Prof. Gar Alperowitz / USA

Er stellt die Grundsatzfrage, wer das Recht hat, Nutzen aus vererbter Technologie und vererbtem Wissen zu ziehen. Was sich seiner Meinung nach ändert ist nur das Wissen und die Technologie, nicht aber die Arbeit und das Risiko. „Fleißig arbeiten“ alleine ist noch kein Garant für ein ausreichendes Ein-